



Demografiertypisierung 2020

Typ 6: Städte und Wirtschaftsstandorte mit
sozioökonomischen Herausforderungen

Inhalt

Informationen zur Typisierung	3
1 Räumliche Einordnung	5
2 Charakteristika	6
3 Herausforderungen	9
4 Potenziale und Handlungsansätze	11
5 Indikatorenerläuterung	16

Kontakt

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Programm LebensWerte Kommune
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de | www.wegweiser-kommune.de

Informationen zur Typisierung

Die Typisierung 2020 wurde von der Faktor Familie GmbH auf der Grundlage des Datenportals Wegweiser Kommune gerechnet: Datenstand ist das Berichtsjahr 2018, Gebietsstand der 1. Januar 2019.

Mithilfe einer Faktorenanalyse wurden in einem ersten Schritt charakteristische Ausprägungen ausgewählter sozioökonomischer und demografischer Indikatoren analysiert und zu den drei Faktoren „Demografie“, „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ und „Sozioökonomie“ aggregiert. Im zweiten Schritt wurden mittels dieser Faktoren und einer Clusteranalyse über 3.000 Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohner:innen zu insgesamt elf Demografietypen zusammengefasst. Dabei wurden Kommunen so zu Gruppen zusammengefasst, dass die Unterschiede zwischen den Kommunen eines Typs möglichst gering, die Unterschiede zwischen den Typen aber möglichst groß sind.

Die Analysen und Beschreibungen der Handlungsansätze bauen auf den bisherigen Typisierungen auf, die 2017 von der Faktor Familie GmbH sowie vom Planungsbüro „STADTREGION. Büro für Raumanalysen und Beratung“ unter Einbeziehung von Experteninterviews entwickelt wurden. Die hier vorgestellten Handlungsansätze stellen einen Orientierungsrahmen für Kommunen dar, können die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune und spezifische, lokale Strategien aber nicht ersetzen.

Bei den Empfehlungen wurde ein breites Spektrum an Handlungsfeldern in den Blick genommen und je nach Typ priorisiert. Die Typisierung ist zu einem Zeitpunkt entstanden, zu dem noch nicht klar war, welche Auswirkungen die Coronapandemie mittel- und langfristig auf kommunales Handeln hat. Dies betrifft nicht nur den finanziellen Handlungsspielraum, sondern viele Handlungsfelder, wie Mobilität oder digitale Infrastrukturen. Die Frage, ob und wie sich unser Zusammenleben in den Städten und Gemeinden durch die Pandemie verändern wird, ist noch offen und konnte daher bei dieser Typisierung noch nicht berücksichtigt werden.

[Demografietypisierung – Methodische Erläuterungen](#)

[Demografietypisierung im Wegweiser Kommune](#)

Demografietyp 6

Städte und Wirtschaftsstandorte mit sozioökonomischen Herausforderungen

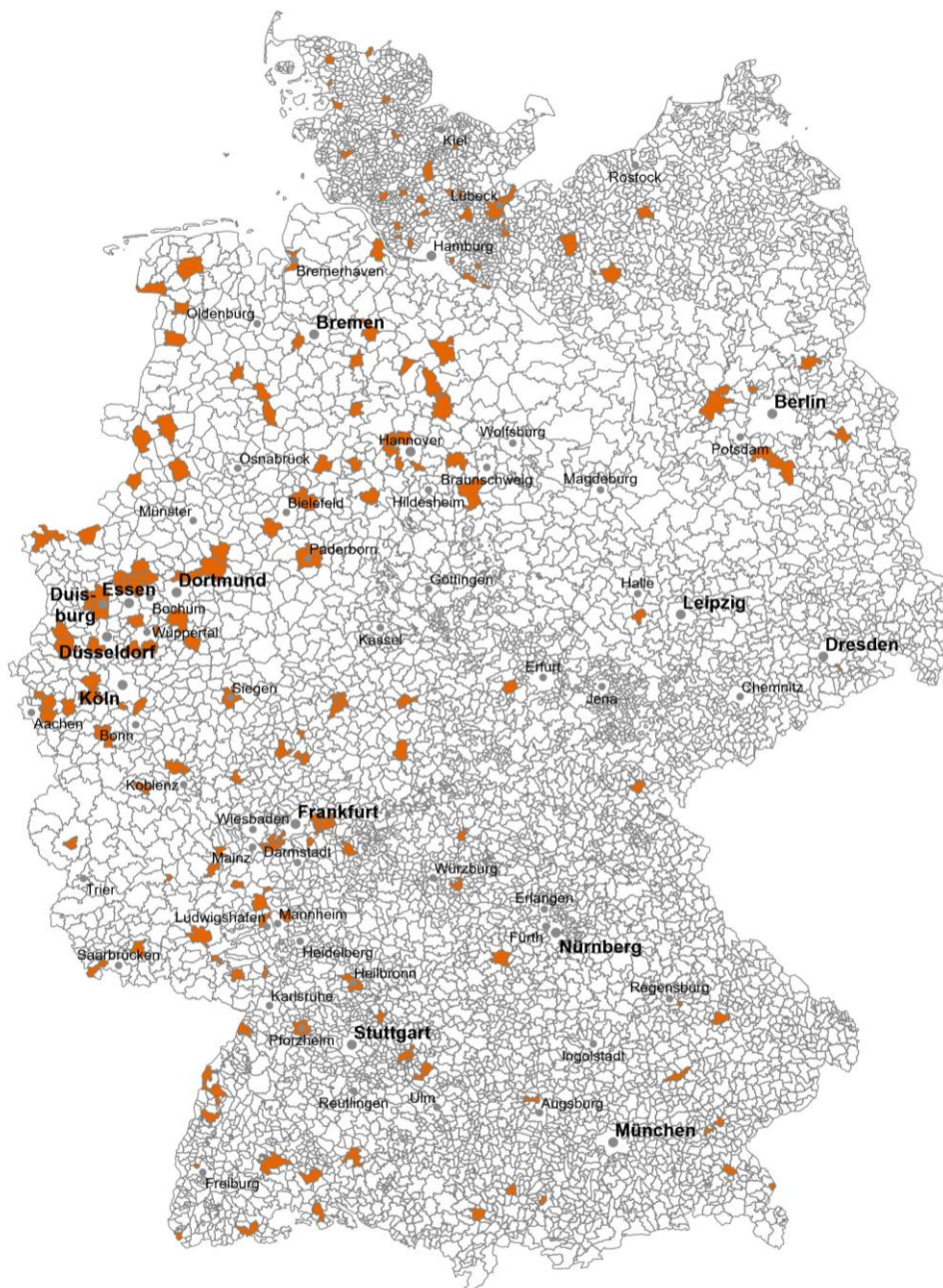
Insgesamt sind diesem Typ 180 Kommunen zugeordnet

- ⇒ Städte und Gemeinden unterschiedlicher Größe
- ⇒ Überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung durch Zuwanderung
- ⇒ Niedrige Kaufkraft und hohe Soziallasten
- ⇒ Heterogene Arbeitsmarktsituation

1 Räumliche Einordnung

Dem Typ 6 gehören 180 Städte und Gemeinden an, in denen fast 9,4 Millionen Menschen leben. 29 dieser Kommunen sind kreisfreie Städte, lediglich Typ 7 „Großstädte und Hochschulstandorte mit heterogener sozioökonomischer Dynamik“ hat mit 56 kreisfreien Städten eine höhere Anzahl. Der Blick auf die Gemeindegröße der Städte und Gemeinden des Typs 6 zeigt eine große Heterogenität: Es gibt sowohl kleinere (4,4 Prozent mit unter 10.000 Einwohner:innen), mittlere (28,9 Prozent mit 25.000 bis 50.000 Einwohner:innen) als auch größere (16,6 Prozent mit über 100.000 Einwohner:innen) Städte und Gemeinden. Die Kommunen verteilen sich im gesamten Bundesgebiet mit einem regionalen Schwerpunkt im Nordwesten, insbesondere im Ruhrgebiet.

Abbildung 1: Lage der Kommunen des Typs 6

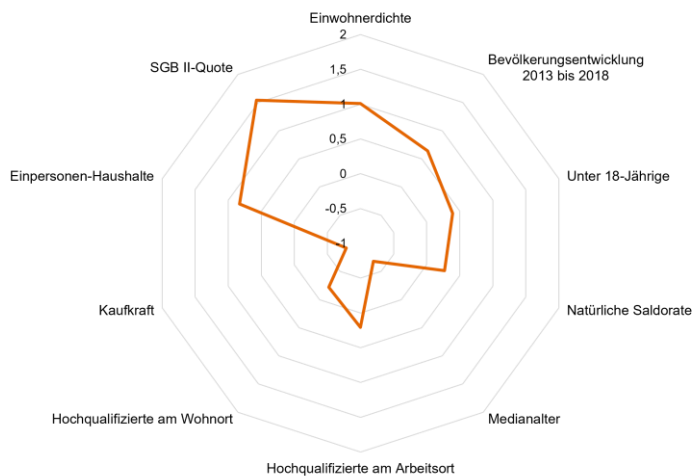


■ Demografietype 6

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

2 Charakteristika

Abbildung 2: Profil des Demografietyps 6



z-transformierte Ausgangsindikatoren der Typisierung

■ Mittelwert des Typs 6

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Typ 6 zeigt ein recht prägnantes Faktorprofil mit einem deutlich überdurchschnittlichen Faktorwert „Demografie“ (1,02) und einem deutlich unterdurchschnittlichen Faktorwert „Sozioökonomie“ (-1,65). Der Faktor „Urbanität/Wirtschaftsstandort“ entspricht dagegen mit 0,04 dem Gesamtdurchschnitt der typisierten Gemeinden insgesamt. Typenbildend sind die vergleichsweise hohen gegenläufigen Werte der beiden anderen Faktoren „Demografie“ und „Sozioökonomie“; entsprechend konträr fallen auch die mittleren Ausprägungen der Ausgangsindikatoren für die Gemeinden des Gemeindetyps 6 aus.

Die überdurchschnittliche demografische Tendenz ergibt sich dabei insbesondere aus einer Bevölkerungszunahme in den letzten fünf Jahren von durchschnittlich 4,08 Prozent und einer im Schnitt etwas jüngeren Bevölkerungsstruktur mit leicht überdurchschnittlichen Anteilen an Kindern und Jugendlichen (17,1 Prozent) sowie einem leicht unterdurchschnittlichem Medianalter (45,5 Jahre). Auch die Städte und Gemeinden dieses Typs haben dabei offenbar stärker durch Zuwanderung gewonnen als durch eine überdurchschnittliche natürliche Bevölkerungsentwicklung (natürliche Saldorate: -2,1).

Besonders auffällig ist darüber hinaus der ausgesprochen niedrige Wert des Faktors „Sozioökonomie“ von -1,65. Lediglich für die Gemeinden des Typs 7 „Großstädte und Hochschulstandorte mit heterogener sozioökonomischer Dynamik“ wird ein noch niedrigerer Wert erreicht. Deutlich überdurchschnittliche SGB II-Quoten (12,1 Prozent) und eine unterdurchschnittliche Kaufkraft der Privathaushalte (46.044 Euro) verweisen auf eine größere Verbreitung prekärer Lebenslagen unter der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden des Typs 6. Dabei müssen Armutslagen nicht typisch für die Städte insgesamt sein, sondern können auch einzelne Stadtteile betreffen (soziale Segregation).

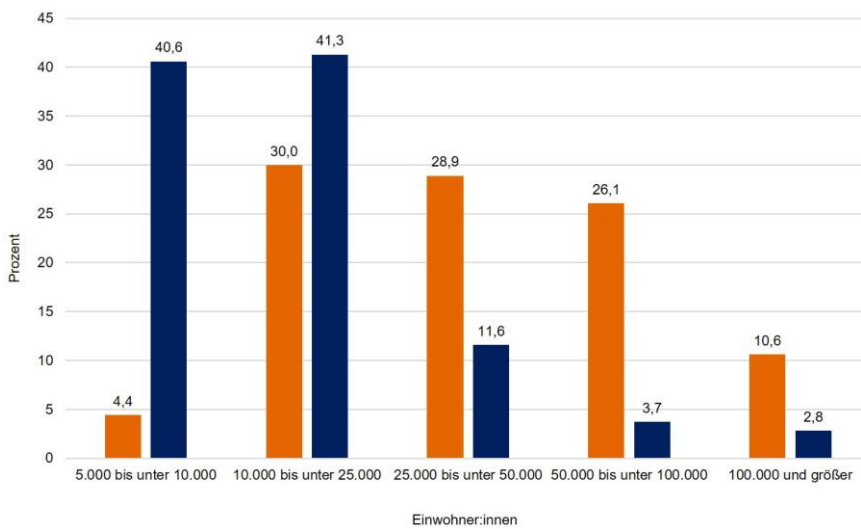
Tabelle 1: Mittelwerte und Standardabweichungen der Faktoren und Indikatoren des Typs 6

	Mittelwert des Typs 6	Median des Typs 6	Standardabweichung	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Faktor 1: Demografie	1,02	0,91	0,61	-0,02	3,47	0,00	
Faktor 2: Urbanität/Wirtschaftsstandort	0,04	0,02	0,55	-1,33	1,27	0,00	
Faktor 3: Sozioökonomie	-1,65	-1,45	0,68	-4,24	-0,41	0,00	
Ausgangsindikatoren							
Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	4,08	3,81	2,42	-2,72	15,51	1,98	2,08
Natürliche Saldorate* (je 1.000 Einwohner)	-2,1	-2,1	2,3	-8,5	5,5	-3,1	-2,7
Anteil unter 18-Jährige (%)	17,1	17,1	1,1	14,5	21,4	16,5	16,6
Medianalter	45,5	45,6	2,2	38,6	51,3	47,7	47,6
Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	8,5	7,5	4,9	0,7	24,8	3,9	2,2
Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	11,2	10,9	2,9	4,0	25,9	10,0	8,7
Hochqualifizierte am Wohnort (%)	10,9	10,6	3,1	4,4	20,5	12,1	10,5
Einpersonen-Haushalte (%)	41,1	41,1	4,8	27,8	52,8	35,6	35,7
Kaufkraft (Euro je Haushalt)	46.044	46.314	3.818	37.457	58.556	51.908	51.747
SGB II-Quote (%)	12,1	11,9	4,3	3,2	25,4	6,0	4,9

■ Kommunen des Typs 6

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Abbildung 3: Größenstruktur der Kommunen im Typ 6


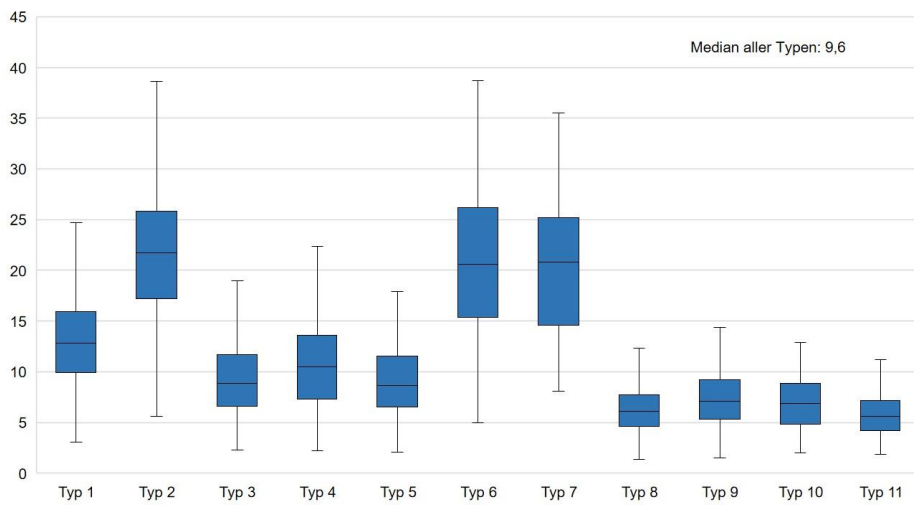
■ Kommunen des Typs 6 ■ Durchschnittswert aller Typen

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Weitere Kernindikatoren zur Beschreibung kommunaler Entwicklung

Ergänzend zu den sozioökonomischen Indikatoren, die in die Typisierung eingeflossen sind, kann der Indikator „Kinderarmut“ Hinweise auf die Verbreitung prekärer Lebenslagen aufzeigen. Die Kommunen des Typs 6 weisen hier eine hohe Betroffenheit im Vergleich aller Typen auf: Mit einem Median von 20,6 Prozent liegt der Wert deutlich über dem Median aller Typen (9,6 Prozent). Die deutliche Spreizung von 5,0 Prozent im Minimum bis zu 43,0 Prozent im Maximum weist darauf hin, wie unterschiedlich die Zukunftschancen der unter 15-Jährigen in den Kommunen verteilt sind.

Abbildung 4: Kinderarmut der Kommunen im Typ 6

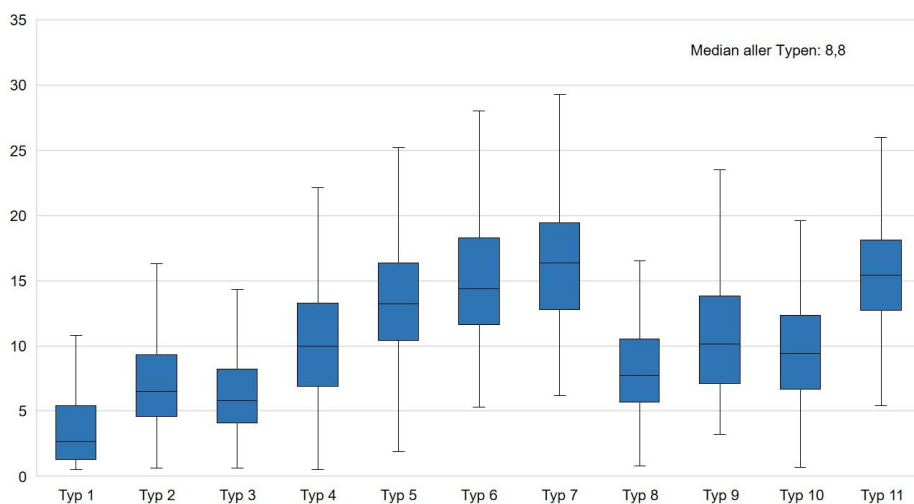


■ Kinderarmut

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Die Kommunen des Typs 6 sind von unterschiedlicher Größe mit einem deutlichen Anteil kreisfreier Städte. Für die städtisch geprägten Kommunen ist der überdurchschnittliche Anteil an nicht deutscher Bevölkerung typisch; so liegt der Median in diesem Typ mit 14,4 Prozent deutlich über dem aller Typen (8,8 Prozent). Auch hier zeigt die Spreizung von 5,3 Prozent im Minimum bis zu 35,5 Prozent im Maximum, wie unterschiedlich die nicht deutsche Bevölkerung innerhalb des Typs verteilt ist.

Abbildung 5: Ausländeranteil der Kommunen im Typ 6



■ Ausländeranteil

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

Tabelle 2: Mittelwerte und Standardabweichungen demografischer Gegebenheiten des Typs 6

	Kommunen ohne Angaben	Mittelwert des Typs 6	Median des Typs 6	Standard-abw.	Minimum	Maximum	Mittelwert alle Typen	Median alle Typen
Funktion/Siedlungsstruktur								
Einwohner		52.178	37.416	54.500	5.252	498.590	24.799	11.803
Pendlersaldo an der Bevölkerung - gesamt (%)		9,5	7,4	23,0	-40,2	99,5	-10,1	-14,8
Arbeitsplatzzentralität		1,17	1,14	0,39	0,27	2,66	0,84	0,77
Demografische Entwicklung								
Geburten* (je 1.000 Einwohner)		9,8	9,7	0,8	7,3	13,1	8,7	8,7
Anteil 65- bis 79-Jährige (%)		21,6	21,4	2,2	14,7	28,3	22,5	22,0
Anteil ab 80-Jährige (%)		6,5	6,6	0,9	4,3	9,4	6,7	6,6
Ausländeranteil (%)	3	15,4	14,4	5,4	5,3	35,4	9,5	8,8
Entwicklung Ausländeranteil** (%)	12	1,07	1,02	0,36	0,39	2,84	0,62	0,59
Wanderungen								
Bildungswanderung* (je 1.000 Einwohner)	15	26,9	24,8	25,5	-27,2	109,3	-6,2	-10,5
Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	15	17,8	16,4	9,0	-1,8	64,2	16,0	15,4
Alterswanderung* (je 1.000 Einwohner)	15	1,5	0,7	5,3	-8,9	23,3	1,0	0,4
Wanderungssaldo* (je 1.000 Einwohner)	52	11,4	10,7	5,0	1,7	32,0	8,1	7,7
Wirtschaftliche Situation								
Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	2	10,1	10,1	8,2	-26,6	60,0	11,6	10,8
Steuereinnahmen pro Einwohner* (Euro je Einwohner)		1.223	1.183	342	588	2.276	1.142	1.034
Arbeitslosenanteil (%)		8,8	8,5	3,0	2,9	17,0	5,3	4,6
Sozioökonomische Situation								
Kinderarmut (%)	1	21,0	20,6	7,4	5,0	43,0	11,3	9,6
Beschäftigungsquote (%)		58,2	58,5	4,4	47,2	69,5	61,6	62,0
Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige(%)		50,0	50,2	4,6	39,4	61,1	51,8	52,1
Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)		86,4	85,2	7,1	69,2	106,9	89,4	88,4

■ Kommunen des Typs 6

* gemittelt über die letzten 4 Jahre

** gemittelt über die letzten 5 Jahre

Quelle: www.wegweiser-kommune.de (Datenstand 2018)

3 Herausforderungen

Die Städte und Gemeinden im Typ 6 befinden sich sozioökonomisch und finanziell in einer teils sehr angespannten Lage, obwohl sie häufig zu etablierten Wirtschaftszentren zählen. Die Spannweite der in diesem Typ vertretenen Kommunen ist sehr groß – mit einem jeweils ähnlich großen Anteil an kleinen Kleinstädten und großen Mittelstädten. Zwar ist der Anteil der über 80-Jährigen eher leicht unterdurchschnittlich, was Kommunen einen Spielraum bei der Gestaltung des demografischen Wandels verschafft. Doch gibt es für Kommunen in diesem Typ viele verschiedene Herausforderungen. Hierzu zählen die Sicherung eines vielfältigen und bedarfsgerechten Wohnraumangebots, die Sicherung der Lebensqualität älterer Menschen, der Ausbau wirtschaftlicher Stärke, die Integration von Zuwander:innen sowie die Verhinderung sozialer Segregation.

Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels

Die Kommunen im Typ 6 besitzen ein eher leicht überdurchschnittliches Medianalter, doch aufgrund der relativ hohen Einwohnerdichte und des dafür ebenfalls recht hohen Anteils an Einpersonenhaushalten ergeben sich große Herausforderungen in Bezug auf die Infrastruktur. Die grundlegende Herausforderung besteht deshalb darin, Strategien für einen planvollen Umgang mit den absehbaren demografischen Veränderungen zu entwickeln und sie in die Konzepte zur Stadtentwicklung zu integrieren.

Die Alters- und Haushaltsstrukturentwicklungen stellen diese Kommunen dabei bereits jetzt vor große Herausforderungen, u. a. auch durch die Belastung durch hohe Sozialleistungen. Zwar stellt der verhältnismäßig hohe Anteil der unter 18-Jährigen für Kommunen eine langfristige Perspektive in Bezug auf die Bindung von Einwohner:innen und die zukünftige Stabilisierung von Steuereinnahmen dar. Doch die Kommunen werden sehr große Anstrengungen unternehmen müssen, um zukünftig für ältere Bewohner:innen eine Lebensumwelt zu schaffen, die ihren Bedürfnissen gerecht wird und sie dabei unterstützt, möglichst lange eigenständig zu leben.

Anpassung der Infrastrukturen und Sicherung der Daseinsvorsorge

Die Städte und Gemeinden im Typ 6 stehen schon seit Längerem vor der Herausforderung, das lokale Wohnungsangebot der steigenden Nachfrage bzw. dem Bedarf nach größerer Vielfalt von Wohnungstypen anzupassen. Mit der absehbaren demografischen Entwicklung und der starken Zuwanderung von Geflüchteten in den Kommunen dieses Typs wird sich die Lage auf den lokalen Wohnungsmärkten weiter anspannen und insbesondere für Menschen mit mittleren und unteren Einkommen wird es immer schwerer, eine passende Wohnung zu finden. Ein wichtiger Punkt bei der Anpassung der Infrastruktur wird auch die Einbindung und Förderung sozial benachteiligter Gruppen und die Vermeidung von Segregation und Polarisierung sein. Die Sicherung eines bedarfsgerechten Wohnungsangebots verlangt somit, die Zahl der Wohnungen zu erhöhen und das Wohnungsangebot stärker an den veränderten Haushalts- und Altersstrukturen sowie Wohntrends auszurichten.

Auch langfristig stellt die zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen die Städte und Gemeinden vor die Aufgabe, ihre Infrastrukturangebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Unterstützung einer selbstständigen Lebensführung bis ins hohe Alter auszubauen. Sie sollten ihre Siedlungsentwicklung an ihrer demografischen Entwicklung ausrichten und sich dabei vorrangig auf die Innenentwicklung konzentrieren.

Um im Wettbewerb um junge Bewohner:innen und Arbeitskräfte mithalten zu können, muss nicht nur die Wohn- und Lebensqualität den Vorstellungen der zunehmend unterschiedlichen Haushalts- und Lebensstiltypen entsprechen, auch steigt für die Standorte die Bedeutung von Bereichen wie Bildung, Kultur und Mobilität sowie die Unterstützung von Familien bei der Bewältigung des Alltagslebens.

Integration von Migrant:innen und Geflüchteten

Die Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren einen überdurchschnittlich starken Bevölkerungszuwachs aufgrund von Zuwanderung erfahren. Die Organisation von Wohnraum für Migrant:innen ist für Politik und Verwaltung der Städte und Gemeinden eine wichtige Aufgabe, denn als urbane Lebenszentren haben sie in den vergangenen Jahren stark von der Zuwanderung profitiert. Die Zuwanderung kann hier als Chance für eine Verjüngung der Bevölkerung, die weitere Vergrößerung des Arbeitskräfteangebots und als eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt und Innovationskraft verstanden werden. Doch sie verlangt eine zeitnahe Integration der Migrant:innen und Geflüchteten und kurzfristige Maßnahmen in vielen kommunalen Handlungsfeldern.

Für die kommunale Politik und Verwaltung wird es eine der wichtigsten Herausforderungen sein, zu verhindern, dass sich die soziale Ungleichheit zwischen ihren Bewohner:innen verfestigt und zu Polarisierung und Exklusion von Bewohnergruppen führt. Stattdessen müssen die Chancen für Integration verbreitert werden. Das erfordert Initiativen und Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern, insbesondere Bildung und Ausbildung, Wirtschaftsförderung, soziale Betreuung und Beteiligungskultur. Im Zentrum wird für diese Kommunen somit die Aufgabe stehen, den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft zu sichern und Polarisierung und Exklusion zu verhindern.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Der Erhalt der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind eine wichtige Voraussetzung dafür, die Armutsrate zu senken und somit langfristig die den kommunalen Haushalt belastenden Sozialausgaben zu senken und das Steueraufkommen zu erhöhen. Neben der Gestaltung des demografischen Wandels zählen für die Kommunen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherung der Attraktivität als Wohnstandort als auch die Sicherung der wirtschaftlichen Stärke.

Der wirtschaftliche Erfolg wird davon abhängen, ob auch zukünftig ausreichend Arbeitsplätze für die ansässigen Fachkräfte zur Verfügung stehen und Einwohner:innen die Kommunen sowohl als Wohn- als auch Arbeitsort anerkennen. Die Gemeinden müssen ihr Profil schärfen, ihre zentralörtlichen Funktionen ausbauen und ihre sogenannten „weichen“ und „harten Standortqualitäten“ an die steigenden Anforderungen anpassen können.

Informations- und Kommunikationstechnologien bieten vielfältige Ansatzpunkte zur Steigerung der kommunalen Leistungsfähigkeit und der Sicherung der Daseinsvorsorge. Als Innovationstreiber eröffnen sie zudem der lokalen und regionalen Wirtschaft neue Tätigkeits- und Wachstumsfelder. Um diese Entwicklungspotenziale zu nutzen, sollten Politik und Verwaltung die intelligente Vernetzung ihrer Kommune vorantreiben.

Ausbau interkommunaler und regionaler Kooperation

Die Städte und Gemeinden werden die anstehenden Aufgaben nicht allein bewältigen können. Sie sind gefordert, partnerschaftlich mit lokalen Akteur:innen aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzuarbeiten sowie mit anderen Gebietskörperschaften zu kooperieren und dafür neue Beteiligungs- und Kooperationsformen zu entwickeln. Deshalb ist für diese Städte und Gemeinden die überlokale Abstimmung in zentralen Handlungsfeldern, wie Wohnen, Arbeit, Infrastrukturversorgung oder öffentlicher Nahverkehr, eine wichtige Voraussetzung für die Ortsentwicklung. Bei der Bearbeitung von Herausforderungen werden regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen vor Ort, beispielsweise Hochschulen, aber auch mit privaten Akteur:innen eine wichtigere Rolle spielen. Die Städte und Gemeinden sind deshalb aufgerufen, die regionale Kooperation und die Zusammenarbeit mit Partner:innen auszubauen und zu verstärken.

Die Alterungsprozesse, die in den kommenden Jahrzehnten in den Kommunen zu erwarten sind, stellen auch ein Potenzial für die Bürgergesellschaft dar. Vielfach sind es gerade die „jungen Alten“, die sich zivilgesellschaftlich engagieren wollen und damit einen wichtigen Beitrag zur Gemeinschaft leisten können. Sie benötigen dafür aber einerseits Unterstützungsstrukturen und andererseits gewisse Entscheidungsfreiheiten. Die Kommunen sind somit gefordert, gemeinsam mit den engagierten Bürger:innen neue Formen der Beteiligung und der Mitgestaltung zu entwickeln.

4 Potenziale und Handlungsansätze

Die Städte und Gemeinden im Typ 6 befinden sich aufgrund ihrer demografischen Entwicklung in einer guten Ausgangslage, doch hohe Sozialausgaben und eine eher unterdurchschnittliche Kaufkraft müssen bei den Potenzialen stets berücksichtigt werden:

- Durch die überdurchschnittliche Bevölkerungsentwicklung aufgrund von Zuwanderung ergeben sich Handlungsspielräume und Möglichkeiten zu agieren, statt nur zu reagieren.
- Die Arbeitsplatzzentren weisen mit teils hochwertigen Infrastrukturen und einem ausgeprägten Angebot qualifizierter und hoch qualifizierter Fachkräfte und Berufseinsteiger gute Standorteigenschaften auf.
- Die teils urbane Dichte in den Städten und Gemeinden sichert Vielfalt der Waren-, Dienstleistungs-, Kultur- und Bildungsangebote sowie kurze Wege und gute Erreichbarkeit.
- Die soziale, wirtschaftliche und ethnische Vielfalt der Stadtbevölkerung kann ein Potenzial für gesellschaftliche und ökonomische Innovationen sein, da sie kreative Menschen anzieht und die Entstehung kreativer Milieus fördert.
- Die Altersruhesitze werden durch die Qualitäten der Landschaft und des Ortsbilds sowie bedarfsgerechte Infrastrukturen weiterhin für Senior:innen und Tourist:innen attraktiv sein.
- In den großen Städten sind die Qualifikationen und Erfahrungen des Verwaltungspersonals ein Potenzial für kommunales Handeln.

- Aufgrund der hohen Größenunterschiede bei den in diesem Typ vertretenen Kommunen müssen diese, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bearbeiten, immer im Einzelfall betrachtet und Maßnahmen priorisiert werden.

Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Die Kommunen des Typs 6 verfügen teilweise über eine hohe Standortqualität und aufgrund der demografischen Entwicklung langfristige Potenziale, doch auch sie müssen auf das leichte Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Alterung und zunehmender Heterogenisierung ihrer Einwohner:innen mit weitsichtigen Gestaltungskonzepten reagieren. Handlungsdruck entsteht insbesondere durch die hohen Kosten durch Sozialausgaben und eine wenn auch langsam, so doch auch zukünftig wachsende Zahl älterer Menschen. Städte und Gemeinden sollten in der Verwaltung ressortübergreifende Strukturen schaffen und proaktiv in den Handlungsfeldern Wohnraumversorgung, Siedlungsentwicklung, Familien- und Seniorenpolitik, Mobilität, Umwelt und Wirtschaft aktiv werden.

Von Vorteil für Städte und Gemeinden im Typ 6 sind die Qualifikation und das umfangreiche Know-how des Verwaltungspersonals, um ein professionelles Handlungs- und Maßnahmenkonzept zu entwickeln. In diesem Rahmen sollten die Kommunen zudem prüfen, welche Landes-, Bundes- und EU-Programme bzw. Modellvorhaben und Angebote landes- und bundesweiter Initiativen sie für die Verwirklichung ihrer Ziele nutzen können.

Eine wichtige Voraussetzung für effiziente Steuerungsprozesse sind belastbare Grundlageninformationen über lokale und regionale Entwicklungen. Hilfreich für die kontinuierliche Beobachtung der demografischen Entwicklung und ihrer Effekte sind Monitoringsysteme, mit denen sich die örtliche Situation und Perspektive zeitnah erfassen lassen. Der Aufwand für die Einrichtung von Beobachtungs- und Monitoringsystemen hat sich in den letzten Jahren erheblich verringert, sodass die Hürden auch für kleinere Gemeinden niedriger geworden sind. So veröffentlichen fast alle Bundesländer regelmäßig regionalisierte Bevölkerungsanalysen und Vorausberechnungen, die Bertelsmann Stiftung stellt im „Wegweiser Kommune“ eine umfassende Sammlung von Daten und Informationen für alle Kommunen über 5.000 Einwohner:innen für Städte und Gemeinden zur Verfügung.

Im Rahmen der Siedlungspolitik sollten Kommunen ihre Siedlungsentwicklung auf die Innenentwicklung ausrichten. Ein kommunales Siedlungsflächenkonzept sollte auf den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Demografiefestigkeit basieren, die Bevölkerung frühzeitig in die Konzeption eingebunden werden. Neubaumaßnahmen sollten so weit wie möglich auf infrastrukturell erschlossene Flächen im Siedlungsbestand gelenkt und Potenziale für die Verdichtung, Wiedernutzung, Umnutzung und Aufstockung wahrgenommen werden.

Viele der in diesem Typ vorhandenen Städte leiden jedoch seit vielen Jahren unter erheblichen Engpässen bei der Wohnungsversorgung der Bevölkerung. Die Sicherung einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung ist daher eine Schlüsselaufgabe. Da die Nachfrage nach Wohnraum durch das Haushaltswachstum weiter zunehmen wird, müssen das Wohnungsangebot in den meisten Kommunen deutlich erweitert und Wohnungsneubau forciert werden. Das erfordert zeitnah, die Voraussetzungen für verstärkte Neubautätigkeiten zu schaffen und mit der Bauwirtschaft die erforderlichen Baumaßnahmen abzustimmen. Dabei geht es nicht nur um eine quantitative Ausweitung des Angebots, sondern auch darum, den Wohnungsbestand um Bauformen und Wohnungstypen zu ergänzen, die der wachsenden Heterogenität der Haushalte gerecht werden. Die Zahl der Mietwohnungen im unteren Preissegment hat sich durch Modernisierungen und Umwandlungen in Eigentum sowie auslaufende Belegungsbindungen kontinuierlich verringert. Dagegen nimmt die Zahl der Haushalte zu, die auf preisgünstige Wohnungen angewiesen sind. Die Verbesserung des Wohnungsangebots für einkommensschwache Haushalte und Normalverdiener:innen ist daher eine der wichtigsten Aufgaben in den kommenden Jahren.

Die Gewährleistung von Mobilität gehört zu den wichtigen kommunalen Aufgaben. Dabei geht es sowohl um die Anbindung an die Kernstädte bzw. die Mobilität innerhalb des Ballungsraums als auch um die Mikroverkehre innerhalb der Kommunen. Die Städte und Gemeinden sollten davon ausgehen, dass Berufs- und Ausbildungs-

pendlerverkehre ebenso wie Freizeitverkehre weiter zunehmen werden. Sie müssen andererseits davon ausgehen, dass mit der gesellschaftlichen Alterung die Zahl der nicht motorisierten Einwohner:innen zunimmt und unter den Jüngeren Mobilitätsformen jenseits des privaten PKW an Attraktivität gewinnen.

Schon derzeit kommt dem öffentlichen Personenverkehr eine große Bedeutung bei der Bewertung von Standortattraktivität zu. Zur Verbesserung der innerörtlichen Situation sollten die Kommunen überprüfen, welche Anpassungs- und Aufwertungsmaßnahmen für eine zukunftsorientierte Mobilitätssicherung erforderlich sind, und dabei jeweils auf die Bedarfe spezieller Nutzergruppen, wie Kinder und Jugendliche, hochbetagte Menschen und Berufstätige, achten. Hierzu zählen eine schlüssige Netzplanung für den Radverkehr, für Service- und Ladestationen für Elektrofahrräder und -autos sowie die Vernetzung verschiedener Mobilitätsformen.

Bildung und Kultur gewinnen im Kontext der zukunftsorientierten Stadtentwicklung ebenfalls zunehmend an Bedeutung. Beide gehören zu den sogenannten „weichen Standortfaktoren“, die häufig ausschlaggebend sind für die Wohnstandortwahl von Familien und jungen Menschen und für Standortentscheidungen von Unternehmen. Zu den Herausforderungen für die Kommunen im Typ 6 zählt mittel- bis langfristig auch eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, die eine selbstständige Lebensführung bis ins hohe Alter unterstützt und durch Formen von Integration, Kommunikation und Unterstützung fördert.

Migration und Integration

Für die Städte und Gemeinden ist die starke Zunahme nationaler, sprachlicher und ethnischer Vielfalt das auffälligste Zeichen des demografischen Wandels. Geflüchtete und andere internationale Zuwander:innen verlangen von den Städten und Gemeinden weitsichtige Strategien und kurzfristig koordinierte Maßnahmen, um den zugewanderten Menschen Möglichkeiten zur Teilhabe im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich zu eröffnen und ihnen ein schnelles Einleben zu erleichtern. Soziale Segregation gilt es zu vermeiden, Begegnungsmöglichkeiten in kulturell gemischten Nachbarschaften und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, etwa indem Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit Migrant:innen besetzt werden, stellen einen Teil der möglichen Maßnahmen dar. Die Betreuung und Unterstützung der Geflüchteten werden vielerorts in hohem Maße durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt. In der Bevölkerung sollte um stärkere Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten und Migrant:innen geworben und in der Kommune ein Geflüchtetenmanagement mit Informations- und Beratungskompetenzen eingerichtet werden.

Die Aufgaben bei der Integration von Zuwander:innen sind vielfältig: Sie reichen von der Koordinierung der eigenen Aktivitäten über die Wohnraumbeschaffung bis zur Organisation von Sprachunterricht und Aufnahme und Förderung von Migrantenkindern in Schulen und Kitas. Vor allem aber geht es darum, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Ausbildung zu ermöglichen und Erwachsene in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Die möglichst schnelle Integration in den Arbeitsmarkt gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Teilhabe der Zuwander:innen im ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Je länger sie zur Untätigkeit verurteilt sind, desto schwerer werden sie sich vor Ort einleben und desto schwieriger wird es, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern. Sprachkurse für Erwachsene und ein umfangreiches Sprachkursangebot sowie Mentoren-Leseprogramme als auch Patenschaften für Kinder fördern die frühzeitige gesellschaftliche und berufliche Integration.

Bei der Wohnraumversorgung sollten Übergangslösungen, räumliche Konzentration und Ausgrenzung von Zuwander:innen vermieden und Wohnraum stattdessen in bestehende Wohngebiete gelegt werden. Durch die Vernetzung der lokalen und regionalen Akteur:innen durch direkten und informellen Austausch unter den Beteiligten über Erfahrungen und Erfolge mit Projekten und Maßnahmen können Ressourcen effektiver eingesetzt werden. Die Kommunen sollten solche Möglichkeiten nutzen und zum einen an bereits tätigen regionalen Netzwerken teilnehmen (z. B. Integrationsnetzwerk, Ausbildungsverbund), zum anderen versuchen, selbst Netzwerke zu initiieren.

Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung

Städte und Gemeinden im Typ 6 zählen häufig zu langfristig etablierten Wirtschaftsstandorten, die einen Strukturwandel durchlaufen haben; im Ruhrgebiet etwa vom Bergbau hin zu einer stärker auf Dienstleistungen ausgerichteten Industrie- oder Wissensregion. Entgegen Kommunen im Typ 7 „Großstädte und Hochschulstandorte mit heterogener sozioökonomischer Dynamik“ ist in Kommunen des Typs 6 jedoch der Anteil von Hochqualifizierten am Wohn- und Arbeitsort nur leicht überdurchschnittlich. Im regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb um Investitionen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte gilt es, die Positionen als Industrie- und Wissensgesellschaft nachhaltig zu stärken.

Eine wichtige Rolle kommt dabei den sogenannten „weichen“ und „harten Standortfaktoren“ zu. Zu den „weichen Faktoren“ zählen etwa die Sicherung und Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität für die unterschiedlichen Bevölkerungs- und Lebensstilgruppen. Neben dem Wohnraumangebot sollte auch zukünftig der Familienfreundlichkeit, der Qualität von Bildungs- und Kulturangeboten, der Attraktivität des öffentlichen Raums und der Qualität des sozialen und kulturellen Zusammenlebens eine große Bedeutung zugemessen werden. Zu den „harten Standortfaktoren“ zählen beispielsweise angemessene städtische Mobilität, hohe Qualität der digitalen Netzinfrastruktur sowie Verfügbarkeit attraktiver Flächen.

Mit den zunehmenden Standortflexibilitäten eröffnen sich für die Kommunen zusätzliche Entwicklungschancen. Die meisten Städte sind in einer guten Position, den intensiven Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien voranzutreiben. Die Großstädte können eine nachhaltige Entwicklung durch den intensiven Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien fördern. Der Ausbaustandard der notwendigen technischen Infrastrukturen – Breitband und mobiles Internet – ist häufig gut bzw. die Nachfrage der Nutzer:innen groß genug, um die schnelle Anpassung an den erforderlichen technischen Standard für die Anbieter:innen wirtschaftlich auch zukünftig interessant zu machen. Die Städte und Gemeinden sollten daher den Ausbau zu einer intelligent vernetzten Kommune vorantreiben und im Hinblick auf zukünftige Anwendungs- und Handlungsfelder, wie zukünftige Formen der Mobilität und Energieerzeugung und -nutzung (**bspw.** im Kontext zukünftiger Smart-City-Angebote), der digitalen (Weiter)Bildung, kommunalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten und elektronische Dienstleistungsangebote der Verwaltung, planen.

Durch das Internet ist das Spektrum der Tätigkeiten und Arbeitsplätze, die „footloose“ geworden, also nicht ortsgebunden sind, stark angestiegen. Viele hoch qualifizierte Tätigkeiten lassen sich vom Wohnstandort aus durchführen und die Kombination von Wohnen und Arbeiten unter einem Dach lässt sich zunehmend auch in den Umlandgemeinden von Wirtschaftszentren verwirklichen.

Die Städte sollten dieses Potenzial nutzen und durch eigene Maßnahmen verstärken. So könnten sie z. B. ihre Standortattraktivität für Selbstständige und Start-ups durch die Initiierung und Förderung von Co-Working Centers erhöhen. Eine solche Einrichtung mit hochwertiger technischer und insbesondere digitaler Infrastruktur, ergänzt um eine qualitätsvolle Kinderbetreuung und ggf. eine Tagespflege, würde den Wohnstandort für die Arbeitskräfte noch attraktiver machen.

Interkommunale und regionale Kooperation

Regionale und interregionale Kooperationen über Fach- und Zuständigkeitsgrenzen hinweg sowie zwischen Städten und Gemeinden werden immer wichtiger. Viele Maßnahmen lassen sich nur verwirklichen, wenn die Ressourcen mehrerer Ressorts und Körperschaften gebündelt und Lösungen in Zusammenarbeit von Kommune, Wirtschaft und weiterer Kooperationspartner:innen (insb. Bildungsträgern, Verkehrsbetrieben, Kultureinrichtungen) gefunden werden.

Wenngleich die meisten Städte und Gemeinden bereits in Kooperationsnetzwerke eingebunden sind, gilt doch für alle, dass sie sich für eine Intensivierung der regionalen und interkommunalen Kooperation einsetzen und in den für sie wichtigen Handlungsfeldern aktiv und kreativ mitarbeiten sollten. Dafür müssen vielerorts aber erst noch

kooperative Politikformen entwickelt werden, die ermöglichen, dass alle Partner:innen auf Augenhöhe miteinander verhandeln, unproduktiver Wettbewerb vermieden wird und Lasten auf alle Schultern verteilt werden.

5 Indikatorenerläuterung

Alterswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der über 65-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$(\text{Zuzüge 65-Jährige und älter} - \text{Fortzüge 65-Jährige und älter}) / \text{Bevölkerung 65-Jährige und älter} * 1.000$ (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Anteil unter 18-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung beträgt x %.
Berechnung	$\text{Bevölkerung unter 18 Jahren} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil 65- bis 79-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter von 65 bis unter 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse nach Eintritt in den Ruhestand.
Berechnung	$\text{Bevölkerung 65 bis 79 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Anteil ab 80-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der Personen im Alter ab 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung des betrachteten Gebiets beträgt x %. Der Indikator zeigt Trends für altersspezifische Infrastrukturanforderungen, insbesondere für die Bedürfnisse der Hochbetagten.
Berechnung	$\text{Bevölkerung ab 80 Jahre} / \text{Gesamtbevölkerung} * 100$

Arbeitslosenanteil an den SvB (%)	
Erklärung	x % der Erwerbspersonen sind arbeitslos. Arbeitslosenzahl: Jahresdurchschnitt. Erwerbspersonen in diesem Zusammenhang: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) am Wohnort + Arbeitslose
Berechnung	$\text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre} / (\text{SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre} + \text{Arbeitslose 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Arbeitsplatzentwicklung vergangene 5 Jahre (%)	
Erklärung	Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) hat sich in den vergangenen 5 Jahren um x % verändert. Arbeitsplatzzuwachs oder Arbeitsplatzabbau im Verhältnis zu den bestehenden Arbeitsplätzen: Ein hoher positiver Wert weist auf eine hohe positive wirtschaftliche Dynamik hin.
Berechnung	$(\text{SvB am Arbeitsort} - \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren}) / \text{SvB am Arbeitsort vor 5 Jahren} * 100$ (Stichtag: 30.6.)

Arbeitsplatzzentralität	
Erklärung	Eine höhere Bedeutung einer Gemeinde als Arbeitsort denn als Wohnort äußert sich in einem Wert > 1. Dies bedeutet, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) dort arbeiten als wohnen. Umgekehrt bedeutet ein Wert < 1, dass mehr SvB dort wohnen als arbeiten.
Berechnung	$\text{SvB am Arbeitsort} / \text{SvB am Wohnort}$ (Stichtag: 30.6.)

Ausländeranteil (%)	
Erklärung	x % der Einwohner sind ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl ausländischer Einwohner / Anzahl Einwohner insgesamt * 100

Beschäftigungsquote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren sind am Wohnort als sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldet.
Berechnung	(SvB am Wohnort 15 bis 64 Jahre) / (Bevölkerung 15 bis 64 Jahre) * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.)

Beschäftigungsquote 55- bis 64-Jährige (%)	
Erklärung	Der Anteil der am Wohnort sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB) gemeldeten Personen im Alter von 55 Jahren und mehr an der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren beträgt x %.
Berechnung	SvB am Wohnort 55 bis 64 Jahre / Bevölkerung 55 bis 64 Jahre * 100 (Stichtag für SvB: 30.6.)

Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2018 (%)	
Erklärung	Die Bevölkerungszahl hat über die vergangenen 5 Jahre um x % zugenommen/abgenommen
Berechnung	(Bevölkerungsstand zum 31.12.[2018] – Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013]) / Bevölkerungsstand zum 31.12.[2013] * 100

Bildungswanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt). Zu beachten ist, dass in der jüngsten Vergangenheit durch die Zuwanderung von Geflüchteten die bisher wirksamen Dynamiken überlagert werden. Die Geflüchteten ergänzen also die Kohorte der zum Bildungserwerb wandernden Personen.
Berechnung	(Zuzüge 18- bis 24-Jährige – Fortzüge 18- bis 24-Jährige) / Bevölkerung 18- bis 24-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Einpersonen-Haushalte (%)	
Erklärung	x % aller Haushalte in der Kommune sind Einpersonen-Haushalte.
Berechnung	Einpersonen-Haushalte / Anzahl Haushalte * 100

Einwohnerdichte (Einwohner je Hektar)	
Erklärung	Pro Fläche in Hektar gibt es x Einwohner.
Berechnung	Gesamtbevölkerung / Fläche in ha

Entwicklung Ausländeranteil (%)	
Erklärung	Der Ausländeranteil hat sich, gemittelt über die letzten 5 Jahre um x % entwickelt.
Berechnung	(Ausländeranteil zum 31.12.[2018] – Ausländeranteil zum 31.12.[2013]) / Ausländeranteil zum 31.12.[2013] * 100

Familienwanderung (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen der Altersgruppen der unter 18-Jährigen und der 30- bis 49-Jährigen (berechnet auf je 1.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe) mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	(Zuzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige – Fortzüge 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige) / Bevölkerung 0- bis 17-Jährige und 30- bis 49-Jährige * 1.000 (Bezugsjahre: Wanderungsgewinn/-verlust und Bevölkerung jeweils über die letzten 4 Jahre gemittelt)

Geburten (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Innerhalb des Jahres wurden in dem betrachteten Gebiet x Personen auf je 1.000 Einwohner geboren. Die natürlichen Bevölkerungsveränderungen sind in fast allen Kommunen niedriger als die Wanderungen.
Berechnung	Lebendgeburten / Bevölkerung * 1.000 (Bezugsjahre: Lebendgeburten und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Hochqualifizierte am Arbeitsort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Hochqualifizierte am Wohnort (%)	
Erklärung	x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) Einwohner der Kommune haben einen akademischen Berufsabschluss.
Berechnung	SvB mit akademischem Berufsabschluss am Wohnort / SvB am Wohnort * 100 (Stichtag: 30.6.)

Kaufkraft (Euro je Haushalt)	
Erklärung	Das durchschnittliche Gesamtnettoeinkommen eines Haushalts beträgt x Euro. Die allgemeine Kaufkraft umfasst die Summe aller Nettoeinkünfte (Arbeitslohn, Rente, Sozialleistungen, Kindergeld). Der Indikator weist auf die wirtschaftliche Stärke einer Kommune bzw. ihrer Einwohnerschaft hin.
Berechnung	Summe aller Haushaltsnettoeinkommen / Anzahl Haushalte

Kinderarmut (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 15 Jahren erhalten Sozialgeld nach SGB II. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.
Berechnung	Anzahl nicht erwerbsfähiger Leistungsbezieher (LB) unter 15 Jahren + nicht Leistungsberechtigter (NLB) unter 15 Jahren (Stichtag: im Dezember) / Anzahl Einwohner unter 15 Jahren * 100

Medianalter (Jahre)	
Erklärung	Das Medianalter ist das Lebensalter, das eine Population statistisch in zwei gleich große Gruppen teilt: 50 % der Bevölkerung sind jünger und 50 % sind älter als dieser Wert. Im Gegensatz zum Durchschnittsalter werden Verzerrungen durch Extremwerte vermieden. Gibt einen Hinweis auf den Fortschritt des Alterungsprozesses der Bevölkerung.
Berechnung	Alter des n/2-ten Einwohners bei einer Rangfolgenbildung nach erreichtem Lebensalter

Natürliche Saldorate (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z wurden x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr geboren, als gestorben sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$((\text{Lebendgeburten} - \text{Sterbefälle}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Lebendgeburten, Sterbefälle und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Pendlersaldo an der Bevölkerung – gesamt (%)	
Erklärung	Der Pendlergewinn bzw. -verlust pro 100 Einwohner der erwerbsfähigen Bevölkerung beträgt x Personen. Pendlersaldo = Einpendler – Auspendler. Ein positiver Pendlersaldo bedeutet, es pendeln mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) in die Kommune ein als aus. Pendeln dagegen mehr SvB aus der Kommune aus als ein, dann handelt es sich um einen negativen Pendlersaldo.
Berechnung	$(\text{Anzahl SvB Einpendler} - \text{Anzahl SvB Auspendler}) / \text{Bevölkerung 15 bis 64 Jahre} * 100$

SGB II-Quote (%)	
Erklärung	x % der Bevölkerung unter 65 Jahren erhalten Leistungen nach SGB II (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld).
Berechnung	$\text{Anzahl Leistungsberechtigter (LB) nach SGB II (Stichtag: im Dezember)} / \text{Anzahl Einwohner unter 65 Jahre} * 100$

Steuereinnahmen pro Einwohner (Euro je Einwohner)	
Erklärung	Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro pro Einwohner. Die Steuereinnahmen der Gemeinde (Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) pro Einwohner bezeichnen die Steuerkraft einer Gemeinde. Die Steuerkraft ist ein Einflussfaktor für den finanziellen Handlungsspielraum der Kommune.
Berechnung	$\text{Steuereinnahmen} / \text{Gesamtbevölkerung}$ (Steuereinnahmen = Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer. Bezugsjahre: Steuereinnahmen und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.)

Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen und Männern (%)	
Erklärung	Die Frauenbeschäftigungsquote beträgt x % der Männerbeschäftigungsquote. Sind mehr Frauen als Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt (SvB), liegt der Wert bei über 100 %. Bei einem Wert von unter 100 % sind mehr Männer als Frauen in den Arbeitsmarkt integriert.
Berechnung	$\text{SvB Frauen am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Frauen 15 bis 64 Jahre}) / (\text{SvB Männer am Wohnort 15 bis 64 Jahre} / \text{Männer 15 bis 64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.6.)

Wanderungssaldo (je 1.000 Einwohner)	
Erklärung	Im Jahr z zogen x Personen auf je 1.000 Personen der Bestandsbevölkerung mehr zu, als daraus fortgezogen sind (bzw. umgekehrt, falls der Saldo negativ ausfällt).
Berechnung	$\text{Zuzüge} - \text{Fortzüge}) / \text{Bevölkerung} * 1.000$ (Bezugsjahre: Zuzüge, Fortzüge und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Tobias Bürger | Petra Klug
Project Manager | Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81 832 | -81 347
tobias.buerger@bertelsmann-stiftung.de | petra.klug@bertelsmann-stiftung.de

Der *Text* und die *Grafiken* dieser Publikation sind lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0. International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Davon ausgenommen sind das Logo der Bertelsmann Stiftung sowie das Titelbild.

Titelbild: Max Böttinger / Unsplash – [Unsplash License](#)

Empfohlene Zitierweise: Bertelsmann Stiftung (2020). Demografietypisierung 2020 – Typ 6: Städte und Wirtschaftsstandorte mit sozioökonomischen Herausforderungen. Gütersloh.

Datum der Veröffentlichung: 30. November 2020

www.bertelsmann-stiftung.de